19. Wahlperiode 17.05.2019

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 19/9761 –

Rechtsextreme Aufmärsche im ersten Quartal 2019

Vorbemerkung der Fragesteller

Unter der Losung "Kampf um die Straße" gehören Kundgebungen und Demonstrationen zum typischen Aktionsrepertoire der extremen Rechten. Die Größe solcher Aufmärsche reicht von einer Mahnwache mit einem Dutzend bis zu Großdemonstrationen von mehreren tausend Teilnehmern und Teilnehmerinnen. Insbesondere an jährlich wiederkehrenden Daten, wie der alliierten Bombardierung bestimmter Städte, dem 1. Mai oder dem 1. September als Antikriegstag mobilisiert die extreme Rechte zu regionalen und bundesweiten Aufmärschen.

"Die nach außen gerichtete Wirkung der neofaschistischen Demonstrationspolitik dient dem Nachweis der Existenz einer neofaschistischen beziehungsweise einer neonazistischen Bewegung, die ihre politische Ideologie bis hin zur offen(siv)en Verherrlichung des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen verbreitet sowie der Ausübung einer Machtpolitik gegenüber staatlichen Institutionen und politischen Gegnern, die den Handlungsspielraum dieser Bewegung erweitern soll" (Fabian Virchow, Demonstrationspolitik, in: Andreas Klärner/Michael Kohlstruck: Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg 2006, S. 94 f.). Rechtsextreme Aufmärsche dienen auch zur Einschüchterung all derjenigen, die zum Feindbild ernannt wurden, wie Migrantinnen und Migranten, politisch Andersdenkende oder alternative Jugendliche. Ein weiterer beabsichtigter Effekt ist die Zermürbung der demokratischen Öffentlichkeit, die an die scheinbare Normalität rechtsextremer Aufmärsche gewöhnt werden soll.

- 1. Wie viele Aufmärsche, Mahnwachen oder sonstige öffentliche Auftritte der extremen Rechten fanden im ersten Quartal 2019 statt, wer trat bei diesen Aufmärschen als Anmelder in Erscheinung, und wo fanden die Demonstrationen statt (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
- 2. Mit welchem Motto bzw. Thema wurden die in der Antwort zu Frage 1 genannten Aufzüge angemeldet, wie viele Personen nahmen an den einzelnen Aufzügen teil, und fand eine überregionale Mobilisierung statt?

- 3. An welchen der in der Antwort zu Frage 1 genannten Aufzüge war die NPD oder eine ihrer Unterorganisationen organisatorisch beteiligt?
- 4. Welche der in der Antwort zu Frage 1 genannten Aufzüge wurden aus dem Spektrum der Kameradschaften bzw. sonstigen Neonaziszene organisiert, und um welche Kameradschaften bzw. sonstigen Organisationen handelte es sich hierbei?

Die Fragen 1 bis 4 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

In der nachfolgenden Tabelle sind die der Bundesregierung bekannt gewordenen, im ersten Quartal 2019 durchgeführten Veranstaltungen von Rechtsextremisten mit überregionaler Teilnehmermobilisierung aufgeführt. Zu den Teilnehmern bleibt anzumerken, dass der Anteil der Rechtsextremisten an den Veranstaltungen unterschiedlich hoch ist.

Datum	Land	Ort	Veranstalter	Zuordnung	Anmelder	Motto	TN*
05.01.2019	RP	Speyer	Der III. Weg	Parteien	Klaus-Dieter ARMSTROFF	Wir werden aktiv! – Komm und mach mit! UN-Migrati- onspakt und Multikulti-Chaos stoppen	50
11.01.2019	MV	Stralsund	"Vereint für Stralsund"	Rechtsextre- misten/ Neonazis		"Unsere Heimat – Unser Auftrag"	125
19.01.2019	BE	Berlin		Rechtsextre- misten/ Neonazis	Nicolai NERLING	"Für deutsche Kultur in Deutschland"	150
19.01.2019	ST	Magdeburg		Rechtsextre- misten/ Neonazis		"Trauermarsch – 16.000 unvergessen"	150
20.01.2019	ST	Dessau-Roßlau		Rechtsextre- misten/ Neonazis	Marcel SWOLANA		150
21.01.2019	MV	Güstrow		Rechtsextre- misten/ Neonazis		"Keine Steuergelder für Migrantenwahnsinn"	60
23.01.19	SN	Heidenau	NPD/JN	Parteien	Dennis SCHILLER	Identität bewahren – Zuwanderung stoppen!	30
26.01.2019	ST	Roßlau		Rechtsextre- misten/ Neonazis	Alexander WEINERT	"Keine Toleranz für linke Gewalt – wir zeigen Gesicht"	40
08.02.2019	BB	Templin		Rechtsextre- misten/ Neonazis		"Nicht meine Ehrenbürgerin – nicht meine Kanzlerin"	70
15.02.19	SN	Dresden	NPD/JN	Parteien	Maik Müller	Vergesst niemals Dresden! Gedenkmarsch zu Ehren der Dresdner Luftkriegstoten des 13. Februar 1945	1500
16.02.19	HE	Fulda	Der III.Weg	Parteien	Julian BENDER	Ein Licht für Dresden	150
19.02.2019	ST	Dessau-Roßlau		Rechtsextre- misten/ Neonazis		"Solidarität mit den Opfern vom 19. Januar!"	n. b.

22.02.2019	MV	Rostock	"Vereint für Stralsund"/"Ver- eint für Rostock"	Rechtsextre- misten/ Neonazis	Alexander HENNING	"Heimatliebe ist kein Verbrechen"	100
25.02.2019	BB	Templin		Rechtsextre- misten/ Neonazis		"Wir sind das Volk! Sozialabbau stoppen – Zukunft gestalten"	80
03.03.2019	SN	Chemnitz	"Bürgerbewegung Pro Chemnitz"	Rechtsextre- misten/ Neonazis	Robert ANDRES	"Gedenken der Opfer der Luftangriffe auf Chemnitz"	120
08.03.2019	ST	Halle a. d. Saale		Rechtsextre- misten/ Neonazis	Sven LIEBICH	"Frauentags-Demo"	50
08.03.2019	MV	Stralsund	"Vereint für Stralsund"	Rechtsextre- misten/ Neonazis		"Unsere Frauen sind kein Freiwild"	70
09.03.19	NW	Gelsenkirchen- Buer	Die Rechte	Parteien	Henry SCHWIND	Justizwillkür, Staatliche Repressalien, und Polizeischikanen einen Riegel vor!	20
09.03.19	SL	Blieskastel über Neunkirchen nach Kaiserslau- tern	Die Rechte	Parteien	Alban WALK	Fahrt der Erinnerung	80
09.03.19	SN	Plauen	Der III. Weg	Parteien	Tony GENTSCH	Ausländergewalt stoppen!	100
14.03.19	RP	Zweibrücken	Die Rechte	Parteien	Alban WALK	Fackelmarsch Im Gedenken an den Massenmord durch die Alliierten am deutschen Volk. Kein Vergeben, kein Verges- sen.	n. b.
16.03.19	NW	Mettmann	Der III. Weg	Parteien	Julian BENDER	Europa erwache! Europäische Eidgenossenschaft statt EU- Diktatur!	60
16.03.2019	BB	Brandenburg a. d. Havel		Rechtsextre- misten/ Neonazis		"2. Tag der politischen Gefangenen"	40
16.03.2019	ST	Dessau-Roßlau		Rechtsextre- misten/ Neonazis		"Gedenkmarsch Dessau 2019"	100
22.03.19	NW	Dortmund-Westerfilde	Die Rechte	Parteien	n. b. wahr- scheinlich Michael BRÜCK	Sicherheit, Recht und Ord- nung für Westerfilde. Zur Eu- ropawahl Die Rechte wählen	40
23.03.2019	TH	Friedrichroda	"Bündnis Zukunft Landkreis Gotha"	Rechtsextre- misten/ Neonazis		"Thüringer Heldengedenken 2019"	n. b.
23.03.2019	TH	Weimar		Rechtsextre- misten/ Neonazis		"Gegen verfehlte Asylpolitik und für eine sichere Zukunft"	30

^{*} Teilnehmer

Weiterhin registrierten die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder verschiedene Kundgebungen gegen eine vermeintliche Islamisierung Deutschlands, bei denen eine überwiegend rechtsextremistische Einflussnahme bzw. Steuerung erkennbar war:

Datum	Land	Ort	Organisation	Teilnehmer
04.02.2019	BE	Berlin	BÄRGIDA	26
11.02.2019	BE	Berlin	BÄRGIDA	4
11.03.2019	BE	Berlin	BÄRGIDA	n. b.

5. Bei welchen Aufmärschen, Mahnwachen oder sonstigen öffentlichen Auftritten der extremen Rechten kam es im ersten Quartal 2019 zu Straftaten, und um welche Art von Straftaten handelt es sich hierbei?

Auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 5 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. "Rechtsextreme Aufmärsche im ersten Quartal 2008" auf Bundestagsdrucksache 16/9268 wird verwiesen.

6. Hat es zu den in den Fragen 1 bis 5 erfragten Sachverhalten Nachmeldungen für das vierte Quartal 2018 gegeben, und welche Nachmeldungen hat es im Einzelnen gegeben?

Die Nachmeldungen für das dritte Quartal 2018 die Fragen 1 bis 4 betreffend werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam dargestellt.

Für das vierte Quartal 2018 wurde eine rechtsextremistische Kundgebungen oder (rechts-)extremistisch beeinflusste bzw. gesteuerte Veranstaltung nachträglich bekannt.

Datum	Land	Ort	Veranstalter	Zuordnung	Anmelder	Motto	TN*
03.12.2018	BB	Templin		Rechtsextremisten/		"Wir sind das Volk! –	90
		_		Neonazis		Asylpolitik, Migrations-	
						pakt, Systemterror	
						stoppen"	

^{*} Teilnehmer

Im Hinblick auf Nachmeldungen die Frage 5 betreffend wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

7. An welchen sonstigen Demonstrationen im ersten Quartal 2019 haben sich Organisationen bzw. Gruppen der extremen Rechten in welcher Größenordnung beteiligt (bitte nach Ort, Datum und Thema der Demonstration aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.